



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



MANAGERREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Mitteldeutschland im Fokus

Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen
für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Helmut Herdt, Uwe Hitschfeld, Lars Schirmer,
Kay Senius, Holger Tschense



Die Autoren

Helmut Herdt ist seit März 1993 Geschäftsführer der Städtischen Werke Magdeburg und seit 2000 Sprecher der Geschäftsführung. Er ist Sprecher des Managerkreises Mitteldeutschland.

Uwe Hitschfeld ist geschäftsführender Gesellschafter von Hitschfeld, Büro für strategische Beratung und Vorstand im Managerkreis Mitteldeutschland.

Lars Schirmer ist Leiter der Finanzkontrolle EU-Fonds in Sachsen-Anhalt, Bankbevollmächtigter der Investitionsbank Sachsen-Anhalt / Norddeutsche Landesbank und Vorstand im Managerkreis Mitteldeutschland.

Kay Senius ist seit 2009 Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit, Mitglied im Demografiebeirat des Landes Sachsen-Anhalt und Stadtrat in Halle (Saale).

Holger Tschense, Leipziger Bürgermeister a.D., ist Geschäftsführer der T&T business consulting GmbH & Co. KG.

Unter Mitwirkung von Brigitte Bauerfeind, Axel Dyck, Dr. Martin Rów, Dr. Roger Stöcker

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Managerkreis der FES versteht sich als Forum für den Meinungsaustausch zwischen Entscheidungsträger_innen aus Wirtschaft und Politik. Er will eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik bauen und Gelegenheiten schaffen, bei denen sich Manager und Politiker kennen lernen und voneinander lernen können.

Alle Informationen zu Veranstaltungen, Publikationen und Selbstverständnis finden Sie hier: managerkreis.de.

Inhalt

Einleitung

S4

Fokus 1: Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft

S6

Fokus 2: Leistungsfähige öffentliche Verwaltungen

S9

Fokus 3: Die digitale Arbeitswelt

S12

Fokus 4: Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung

S15

Fokus 5: Wagniskapital und Nachfolge in eigentümergeführten Betrieben

S18

Fokus 6: Energie- und Klimapolitik

S21

Fokus 7: Steuergerechtigkeit für mitteldeutsche Unternehmen

S27

Zusammenfassung

S30



Einleitung

Die vorliegende Publikation setzt sich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern der nächsten Jahre aus mitteldeutscher Perspektive auseinander. Im aktuell üppigen und durchaus bunten Strauß von Wortmeldungen, Positionspapieren und Wahlprüfsteinen darf die spezifisch mitteldeutsche Perspektive nicht fehlen.

Deutschland steht derzeit gut da, mit stabiler Konjunktur, gestiegener Beschäftigung und niedriger Arbeitslosigkeit. Die Sozialversicherungen sind solide finanziert, der Staatshaushalt weist Überschüsse auf. Die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts kann Deutschland meistern, wenn es weiterhin auf die Stärken seiner Wirtschaft setzt. Mitteldeutschland, im Sinn dieser Publikation also Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, steht dabei vor spezifischen Herausforderungen. Ziel dieser Publikation ist es, im Umfeld der Bundestagswahl 2017 klar Position zu beziehen und Erwartungen im Sinne der mitteldeutschen Länder an die Bundes- und Landespolitik der kommenden Jahre zu formulieren. Klar umrissene wirtschaftspolitische Impulse sollen deutlich machen, welche enorme Bedeutung ordnungs- und wirtschaftspolitisches Handeln für die Zukunft Mitteldeutschlands besitzt.

Einige wichtige, aber keineswegs alle, relevanten Themen wurden ausgewählt und bewusst knapp skizziert, um letztlich ganz konkrete Vorschläge für politisches Handeln auf allen Politikebenen zu formulieren. Die Autoren und Herausgeber leisten mit diesem Meinungspapier einen Beitrag zum politischen Diskurs, bewusst

streitbar formuliert in einer Zeit, in der wichtige politische Weichenstellungen für die nächsten Jahre vorbereitet werden. Der Managerkreis Mitteldeutschland ist der Überzeugung, dass gerade in Zeiten der intensiven politischen Auseinandersetzung konstruktive Beiträge aus der Wirtschaft im Sinne der Politikberatung von hoher Bedeutung sind.

Fokus 1

Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft

Ausgangspunkt

Der Standort Mitteldeutschland steht in einem harten, internationalen Wettbewerb. Das Zusammenspiel aus verschiedenen Faktoren wie Infrastruktur, Fachkräfteangebot, Förderkulisse, aber auch Kinderbetreuungsangebote, Schulen und kulturelle Faktoren bestimmt die Attraktivität eines Standorts. Ein wesentlicher Aspekt in diesem Set ist das Standortimage bei Fachkräften, Investoren und Medien. Mitteldeutschland und die neuen Bundesländer befinden sich nach wie vor in einem wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber den alten Bundesländern. Sie sind deshalb in besonderem Maße darauf angewiesen, sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für Investoren und externe Fachkräfte attraktive, wettbewerbsfähige und lebenswerte Standorte anzubieten. In den letzten Jahren haben jedoch zu oft Fremdenfeindlichkeit, Gewalt von rechts und links, offen zur Schau gestellte Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und das Zurückweichen des Staates vor solchen Erscheinungen das Bild bestimmt, das aus Mitteldeutschland in die Welt hinaus gegangen ist. Den mitteldeutschen Ländern wird vermehrt ein besorgniserregendes Defizit an demokratischer Kultur attestiert. Das Erstarken des Rechtspopulismus hat diese Wahrnehmung verstärkt. Diese Entwicklungen fügen dem Wirtschaftsstandort Mitteldeutschland erheblichen und dauerhaften Schaden zu.

● These

Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, das staatliche Gewaltmonopol und eine starke Bürgergesellschaft sind keine abstrakten, politischen Begrifflichkeiten. Vielmehr sind sie – auch – Voraussetzungen für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln in einer sozialen Marktwirtschaft. Auch aus diesem Grund müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Fundamente unserer Demokratie zu sichern und gegen alle Angriffe zu verteidigen. Eine herausragende Rolle kommt dabei einem handlungsfähigen Staat zu.

► Handlungsempfehlung

Der erste und wichtigste Schritt zu einer Lösung ist, anzuerkennen und zu akzeptieren, dass die Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und das Zurückweichen des Staates ein Problem für den Standort Mitteldeutschland ist. In der jüngsten Vergangenheit ist ein erstes Umdenken bei verschiedenen Akteuren erkennbar geworden. Dieser Prozess muss intensiviert und vorangetrieben werden. Wir brauchen dafür einen handlungsfähigen Staat auf allen Ebenen! Staatliche Strukturen, die Ressourcen, Kompetenzen und Fähigkeiten, mit dieser Herausforderung umzugehen, insbesondere in ländlichen Räumen und strukturschwachen Gegenden, bedürfen diesbezüglich einer kritischen Überprüfung.

● These

Die Bürgergesellschaft befindet sich in Mitteldeutschland noch immer im Aufbau. Dieser Prozess muss dringend unterstützt werden. Es müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, Bürger_innen für ein selbstbewusstes, offensives Eintreten für demokratische Grundwerte zu gewinnen. Eine aktive, engagierte Bürgergesellschaft ist das Produkt des Zusammenwirkens aller Akteure, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen.

► Handlungsempfehlung

Die Betonung eines parteiübergreifenden, gemeinsamen demokratischen Grundverständnisses muss im Vordergrund der politischen Auseinandersetzung stehen. Die Themen sind zu wichtig, um Gegenstand von parteipolitischer Profilierung zu sein. Bereits Erreichtes und vorhandene Stärken müssen in diesem Kontext herausgestellt werden, ohne dabei Defizite zu verschweigen. Dazu können verstärkt

Angebote zur politischen Bildung, die Entwicklung von standortspezifischen Partizipationsformaten, aber auch eine Verbesserung der frühkindlichen- und Schulbildung sowie deren Supervision dienen. Das kann nicht allein von den etablierten Institutionen der politischen Bildung geleistet werden. Es bedarf einer breit angelegten Initiative, die sichtbar auch von der Wirtschaft und ihren Repräsentanten getragen wird. Unternehmer_innen und Wirtschaftsvertreter_innen dürfen nicht abseits stehen, wenn antidemokratische Entwicklungen die Attraktivität des Standortes gefährden. Ein klares Bekenntnis, zum Beispiel in Form einer mitteldeutschen Public-Private-Partnership-Initiative zur Aktivierung und Stärkung der Bürgergesellschaft, könnte dem entgegenwirken. Darüber hinaus sollten vorhandenen Aktivitäten, wo immer sinnvoll und möglich, systematisch gebündelt und miteinander vernetzt werden.

Fokus 2

Leistungsfähige öffentliche Verwaltungen

Ausgangspunkt

In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin wurden nach der Wiedervereinigung flächendeckend neue Verwaltungsstrukturen aufgebaut. Große Teile des Personalstamms wurden aus DDR-Zeiten übernommen. Nach 1998 mussten sich viele Kommunen einer radikalen Haushaltskonsolidierung unterziehen, was dazu führte, dass gerade junge Mitarbeiter_innen zugunsten älterer, langjähriger Mitarbeiter_innen aus dem öffentlichen Dienst ausschieden. Heute stehen viele Verwaltungen in den neuen Bundesländern vor einem regelrechten Kehraus, weil die Verrentung vieler Mitarbeiter_innen gleichzeitig ansteht. Zusätzlich muss man in Teilen des ländlichen Raumes in Mitteldeutschland von einer „Verwüstung“ sprechen: Die Abwanderung hält an, die Struktur der Kommunalverwaltung bleibt jedoch unverändert. Auf der anderen Seite gibt es schnell wachsende Städte, die es schwer haben, das Ruder umzulegen und auf dem Arbeitsmarkt gute, qualifizierte Mitarbeiter_innen zu finden. Als Folge jahrelanger Haushaltskonsolidierungen wurden Neueinstellungen und Qualifizierungsangebote heruntergefahren. Gerade die Wirtschaft braucht aber zuverlässige Verwaltungen, transparente Strukturen und motivierte, kompetente Ansprechpartner_innen. Es ist Zeit für ein Sonderprogramm zur Verwaltungsmodernisierung für die drei mitteldeutschen Länder. Dazu sollte eine Arbeitsgruppe aus Landes- und Kommunalvertreter_innen, Gewerkschaften, Verwaltungsakademien, der Landes-IT-Gesellschaften, der Wirtschaft und der Bürgerschaft gebildet werden, die entsprechende Vorschläge und einen Aktionsplan erarbeitet. Zentral sollen folgende Punkte sein:

● These

Für die Herausforderungen der heutigen Zeit mit Blick auf die Digitalisierung oder Smart City sind viele, gerade kleinere Verwaltungen nicht gerüstet. So sind etwa digitale Kompetenzen der Mitarbeiter_innen nicht ausreichend vorhanden.

► Handlungsempfehlung

Eine weitreichende Initiative zur Weiterbildung und Qualifikation der Mitarbeiter_innen kann die Auswirkungen des Einstellungs- und Fortbildungsstaus schnell beheben. IT-Verbände oder die IT-Gesellschaften der Bundesländer können mehr attraktive Angebote für die Digitalisierung von Verwaltungsarbeit unterbreiten und entsprechende Anreize schaffen.

● These

Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, flexibler auf die enormen Unterschiede in der demografischen Entwicklung der Kommunen und Landkreise Mitteldeutschlands reagieren können. Oft sind sie ob der jahrelangen, tiefgreifenden Einsparungsprozesse nicht vorbereitet auf plötzliche Handlungsspielräume durch zusätzliche Steuereinnahmen und Fördermittel.

► Handlungsempfehlung

Die Verwaltungen müssen den Bedürfnissen der Menschen flexibel angepasst werden können. Es müssen gesetzliche Anpassungen geschaffen werden, um mehr Flexibilität zu gewährleisten. Sinnvolle Dezentralisierung in wachsenden Städten und Kooperation bzw. Aufgabenteilung zwischen Kommunalverwaltungen in Kommunen mit Bevölkerungsverlust sind erste Ansätze.

● These

Die oft fehlende Motivation der Mitarbeiter ist ein Problem. Die Tarifstruktur für Verwaltungsmitarbeiter_innen ist nach wie vor altmodisch und fördert den Leistungsgedanken zu wenig. Das demotiviert gerade jüngere Mitarbeiter_innen. Eine bessere Bezahlung gut ausgebildeter Spezialist_innen, die den heutigen Anforderungen gerade im Rahmen der Digitalisierung entspricht, ist nicht möglich. Dadurch wird es zunehmend schwierig, wichtige Stellen mit guten Mitarbeiter_innen zu besetzen, da die freie Wirtschaft gegebenenfalls deutlich besser zahlt. Es

herrscht noch viel zu häufig eine Fehlervermeidungskultur vor, die Innovationskraft und Kreativität erstickt.

► **Handlungsempfehlung**

Die Tarifstruktur muss die Hausforderungen unserer Zeit abbilden! Der Leistungsgedanke muss endlich auch in der Verwaltung Einzug halten. Innovationskraft und Kreativität müssen stärker gefördert werden. Eine neue Leitungs- und Leistungskultur ist nötig. Neueinstellungen kompetenter Mitarbeiter_innen müssen tariflich auch im Wettbewerb zur freien Wirtschaft getätigt werden können. Motivationsfördernde, leistungsabhängige Gehaltsbestandteile können helfen, den Wert der eigenen Arbeit zu steigern. Hier sind der Gesetzgeber, aber auch die Tarifparteien aufgefordert mehr Spielräume zuzulassen und „leistungsfördernde“ Tarifstrukturen aktiv zu fördern.

● **These**

Die Zusammenarbeit der Verwaltungen der drei Länder Mitteldeutschlands ist zwar institutionell verankert, wird aber kaum noch mit Leben gefüllt. Die regionale Kooperation in Mitteldeutschland schöpft daher das vorhandene Potenzial nicht aus. Im Wettbewerb der Regionen ist das ein Nachteil. Nur wenn bestehende Strukturen mit Leben erfüllt werden, wird regionale Integration zum Erfolgsfaktor für den Standort.

► **Handlungsempfehlung**

In der Zusammenarbeit der Verwaltungen der drei mitteldeutschen Länder und ihrer kommunalen Strukturen sind Reserven zu erschließen. Regionale Wirtschaftskooperationen sollten gezielt ausgebaut und gefördert werden. So wäre zu prüfen, ob neue Kooperationsverträge zwischen den drei mitteldeutschen Ländern ein geeignetes Mittel sein können. Daneben sollten Landesgrenzen überschreitende Verbünde der Verwaltungen wie der Wirtschaft unterstützt und ausgebaut werden.

Fokus 3

Die digitale Arbeitswelt

Ausgangspunkt

Die Digitalisierung ist längst in vollem Gange. Vernetzte Technik hat schon seit geraumer Zeit Einzug in unseren Alltag gehalten. Nicht zu Unrecht wird die Digitalisierung auch als „vierte industrielle Revolution“ bezeichnet. Ihre Folgen werden den Arbeitsmarkt in Mitteldeutschland umfassend verändern: Helferjobs und einfachere Arbeitstätigkeiten verlieren weiter an Bedeutung. Dementsprechend nimmt die Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitnehmer_innen zu. Die Versorgung mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen prägt die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft entscheidend. Zwar wird der Breitbandausbau flächendeckend vorangetrieben, Mitteldeutschland und insbesondere Sachsen-Anhalt hinken dabei jedoch im nationalen und internationalen Vergleich weiter hinterher. Besonders ländliche Gebiete sind noch von der Entwicklung abgekoppelt. Damit wird der Abstand zwischen Stadt und Land zementiert. Die Wirtschaftsstruktur in Mitteldeutschland ist von Klein- und Kleinstbetrieben geprägt. Anders als in Westdeutschland fehlen häufig die großen Unternehmen. Für mitteldeutsche Unternehmen ist das Thema Digitalisierung deshalb mit weit größeren Herausforderungen verbunden als für die mittleren und großen Konzernunternehmen im Westen, die häufiger über strategisch aufgestellte Forschungs-, Entwicklungs- und Personalabteilungen verfügen, mit denen sie sich für die Digitalisierung fit machen. Dazu kommt, dass in Mitteldeutschland ein größerer Anteil der Beschäftigten von den Folgen der Digitalisierung betroffen sein wird als in vergleichbaren westdeutschen Ländern. Vor allem die spezifische Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland mit verlängerten Werkbänken aber weniger Forschungsabteilungen verursacht diesen

Trend. Gleichzeitig birgt die Digitalisierung große Chancen: Sie bietet die Möglichkeit, die Produktivitätslücke zwischen Ost- und Westdeutschland zu schließen und die mitteldeutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig für die Zukunft aufzustellen. Der Schwung und die Innovationskräfte, die durch die Digitalisierung freigesetzt werden, eröffnen die Chance, den wirtschaftlichen Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland anzugleichen und den Osten Deutschlands international wettbewerbsfähiger zu machen. Dieser Aspekt muss bei der Digitalen Agenda der mitteldeutschen Länder höchste Priorität haben.

● These

Eine flächendeckende Infrastruktur ist die Voraussetzung für die Digitalisierung, die Vernetzung sowie die Übertragung und Nutzung großer Datenmengen (Big Data). Wir brauchen hier Gigabit statt Megabit. In wenigen Jahren werden Unternehmen und Bildungs- bzw. Forschungseinrichtungen wesentlich höhere Datenraten benötigen, um am Markt zu bestehen. Es ist davon auszugehen, dass dabei Bandbreitenbedürfnisse von bis zu einem Gigabit pro Sekunde zu bedienen sind. Daher darf sich der Fokus beim Breitbandausbau nicht mehr auf Geschwindigkeiten „von gestern“ richten.

► Handlungsempfehlung

Der Breitbandausbau muss für alle Wirtschafts- und Bildungseinrichtungen verstärkt werden. Ziel der Anstrengungen muss es sein, das Breitband in Mitteldeutschland bereits jetzt im Gigabitbereich in einem absehbaren Zeitplan auszubauen, um auch international konkurrenzfähig zu bleiben. Dies erfordert auch Investitionen in die Kompetenz von Ministerien und Administration, damit diese den Ausbau und die Förderung von „Datenautobahnen“ kompetent und schnell vorantreiben. Außerdem müssen sich diese Stellen verstärkt beim Ausbau des E-Governments engagieren. Die mitteldeutschen Länder sollten sich daher für eine Vereinheitlichung und auch für die Nutzung bereits bestehender europäischer Systeme etwa zur elektronischen Signatur, Identifizierung oder auch Rechnungsstellung stark machen. Das würde den mitteldeutschen Raum internationaler aufstellen und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

● These

Mitteldeutschland benötigt eine passgenaue Investitionsförderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mittels einer länderspezifischen Förderrichtlinie einschließlich Zugang zum Kapitalmarkt.

► Handlungsempfehlung

Um bestehende Nachteile in der Branchenstruktur auszugleichen, brauchen Klein- und Kleinstunternehmen in Mitteldeutschland eine deutlich vereinfachte Förderungslandschaft und einen unkomplizierten Zugang zum Kapitalmarkt. Um das Ziel der Schließung der Produktivitätslücke zu erreichen, ist aber auch ein Paradigmenwechsel bei der Förderlogik notwendig. So kann in einer Zeit, in der Fachkräfte fehlen, nicht mehr die Schaffung von Arbeitsplätzen das zentrale Förderkriterium sein. Vielmehr muss das zentrale Förderkriterium in Zukunft der Steigerungsgrad der Produktivität sein.

● These

Digitales Wissen und dessen Anwendung wird künftig zu den Schlüsselkompetenzen der Arbeitnehmer_innen gehören. Wir benötigen die Organisation digitaler Bildung und Weiterbildung, die die Kompetenzvermittlung in Schule und Ausbildung sowie betriebliche Weiterbildungsprogramme beinhaltet.

► Handlungsempfehlung

Die Einrichtung eines speziellen Schulfachs „Digitale Welt“ an mitteldeutschen Schulen ist unerlässlich, um zentrale Inhalte der Digitalisierung von Alltag, Wirtschaft und Arbeitswelt vermitteln zu können. Auch die Berufsberatung und -orientierung muss sich dem Thema noch stärker öffnen, um Jugendlichen Perspektiven in einer digitalen Arbeitswelt in der Heimat zu eröffnen, den Fachkräftenachwuchs in Mitteldeutschland zu halten und Abwanderung vorzubeugen. Zudem müssen alle beruflichen Qualifikationen und Weiterbildungsmaßnahmen von Arbeitslosen und Beschäftigten die digitale Kompetenzvermittlung beinhalten.

Fokus 4

Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung

Ausgangspunkt

Der wirtschaftliche Transformationsprozess in Ostdeutschland nach der Wende war von Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und Geburtenknick geprägt. Seit der Wiedervereinigung pendeln mehr Menschen von Ost nach West als umgekehrt, viele wanderten aus mitteldeutschen Ländern ganz nach Westen ab. Das hatte über Jahre hinweg vor allem mit der mangelnden Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen zu tun aber auch mit dem Lohngefälle zwischen den neuen und alten Ländern. Während sich die Arbeitslosenquoten in den neuen Ländern aktuell wieder dem Westen angleichen, sind die Folgen des Bevölkerungsrückgangs deutlich spürbar und gefährden heute die Wettbewerbsfähigkeit der mitteldeutschen Region. Angesichts der stabilen Konjunktur fehlt es an jungen Menschen, die als Fachkräfte zur Verfügung stehen. Und es sind nicht mehr nur Akademiker_innen und Spezialist_innen, die gesucht werden: Ebenso in herkömmlichen Ausbildungsberufen werden die Fachkräfte knapp. Die Digitalisierung wird die Situation am Arbeitsmarkt weiter verändern. Die Arbeit wird nicht ausgehen, aber die Anforderungen und Bedingungen an Jobs werden sich ändern. Bisherige Stärken können in Frage gestellt werden, steigende Anforderungen im Beruf drohen Menschen abzuhängen. Für die wirtschaftliche Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit Mitteldeutschlands wird die Sicherung des Fachkräftebedarfs einen entscheidenden Faktor darstellen.

● These

Die demografische Entwicklung ist unumkehrbar. Die spezifischen Herausforderungen in der Region bieten aber auch Chancen für die Zukunft, wenn heute die richtigen Weichen gestellt werden, um die Potenziale für den Arbeitsmarkt zu erschließen. Dies eröffnet gerade denjenigen Chancen, die bisher weniger von der positiven Entwicklung profitiert haben.

► Handlungsempfehlung

Das vorhandene Arbeitskräftepotential für den Arbeitsmarkt muss durch offensive Förderung systematisch erschlossen werden. So können neue Fachkräfte gewonnen werden. Dies erfordert spezifische Förderung von Arbeitslosen, Menschen mit Beeinträchtigungen, geringqualifizierten Arbeitnehmer_innen und Familien mit Betreuungspflichten. Da sich die Arbeitsmärkte regional und lokal unterscheiden, ergibt eine globale Förderpolitik nur bis zu einem bestimmten Punkt Sinn. Besser wäre es, wenn ein Teil des Förderbudgets durch lokale Netzwerke aus Arbeitsverwaltung, Jobcentern, Kommunen und Wirtschaft verwaltet und gemäß der lokalen Bedarfe vor Ort eingesetzt werden könnte.

● These

Der Arbeitsmarkt in Mitteldeutschland steht in Konkurrenz zu den westlichen Bundesländern. Wenn die positiven Auswirkungen der Digitalisierung genutzt werden, besteht für viele Unternehmen die Chance, zu Konkurrenten in westdeutschen Ländern aufzuschließen und damit auch in der Lage zu sein, höhere Löhne zu zahlen. Der aktuell höhere Altersdurchschnitt in den mitteldeutschen Unternehmen im Bundesvergleich bietet bessere Karrierechancen. Mitteldeutschland kann zur Region der schnellen Karrieren für jüngere Fachkräfte und Berufseinsteiger_innen werden.

► Handlungsempfehlung

Im Kampf um die besten Köpfe müssen Unternehmen und Regierungen daher in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in „Pull-Faktoren“ investieren: Sichere Beschäftigungsverhältnisse, gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne auf der einen Seite und ein attraktives Lebensumfeld für Familien auf der anderen ziehen Fachkräfte aus dem In- und Ausland an. Zudem ist die Kinderbetreuung in

den mitteldeutschen Ländern besser ausgebaut als im Westen. Das ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, erhöht die Attraktivität für Fachkräfte und verbessert so die Wettbewerbsfähigkeit. Eine länderübergreifende Standortmarketingkampagne „Mitteldeutschland – Land der Chancen“ kann dieses Potential sichtbar machen.

● These

Die Berufsorientierung in Mitteldeutschland erfolgt weitestgehend in regionalen Netzwerken mit der Wirtschaft. Dabei ist wichtig, dass das Wissen und die Kenntnisse über die unterschiedlichen Berufe und die Vielfalt des mitteldeutschen Arbeitsmarkts Einzug in den Unterricht hält.

► Handlungsempfehlung

Durch die Förderung der praxisorientierten Berufsorientierung, etwa durch ein spezielles Schulfach wie „produktive Arbeit“, wird die berufliche Vorbildung gestärkt. Dabei könnten Schüler_innen ihre Fähigkeiten etwa in Schul- und Versuchswerkstätten aber auch in Partnerbetrieben erproben und sich ein umfassendes Bild von Berufsbildern und Bertrieben machen. Für die Unternehmen eröffnet sich damit die Möglichkeit, mit potentiellen Bewerber_innen in Kontakt zu kommen.

Fokus 5

Wagniskapital und Nachfolge in eigentümergeführten Betrieben

Ausgangspunkt

Mehr als achtzig Prozent aller deutschen Unternehmen sind eigentümergeführte Familienunternehmen. Ihre Bedeutung für die deutsche Wirtschaft wächst. Die Top-500 Familienunternehmen steigerten ihre Mitarbeiteranzahl von 3,8 Millionen (2006) auf 4,8 Millionen (2015). Der Umsatz stieg im gleichen Betrachtungszeitraum von 796 Milliarden auf 1.097 Milliarden. Eine der größten Herausforderungen für viele dieser Unternehmen ist die professionelle Unternehmensnachfolge. Im Zeitraum 2014-2018 werden allein für Ostdeutschland 21.800 Eigentümerwechsel prognostiziert. Seit vielen Jahren ist jedoch die Anzahl der potentiellen Nachfolger_innen rückläufig, seit 2012 ist ihre Zahl sogar geringer als der Bedarf. Potentielle Nachfolger_innen sind immer schwerer zu einer Übernahme in Ostdeutschland zu motivieren. Probleme sind etwa die zahlreichen bürokratischen, organisatorischen und (steuer-)rechtlichen Vorgaben. Verstärkt wird der Trend durch die Kleinteiligkeit der Unternehmensstruktur. Trotz des guten Finanzierungsumfeldes liegen bei fast der Hälfte der Nachfolgewilligen Probleme bei der Finanzierung vor. Kleinen und jungen Unternehmen fehlen oft die notwendigen Sicherheiten für Kredite.

● These

Ein Unternehmen zu übernehmen muss spürbar attraktiver werden, da sonst viele Firmen vor dem Ende stehen. Grundsätzlich muss das Regelwerk systematisch auf potenzielle Entlastungen überprüft werden, um Hürden bei der Unternehmens-

nachfolge abzubauen. Ein Rückbau der Bürokratie, beispielsweise der diversen Informations- und Meldepflichten der Finanzämter, Gewerbeämter, Amtsgerichte, Kammern, Berufsgenossenschaften, Arbeitsagenturen etc. kann die Attraktivität der Nachfolge erhöhen. Die Digitalisierung bietet die Chance, die überbordende Bürokratie zu reduzieren.

► Handlungsempfehlung

E-Government und zentrale Ansprechpartner bei den Behörden wären eine enorme Verbesserung. Der Kapitalzugang muss durch minimale Bürokratie sowie maximale „Schon- und Übergangsfristen“ erleichtert werden. Der Mittelstand und die Familienunternehmen sollten über zeitgemäße Abschreibungsregeln steuerlich entlastet werden. Beispielsweise besteht die Möglichkeit, im zweiten Bürokratieentlastungsgesetz die Grenze der geringwertigen Wirtschaftsgüter von 410 Euro auf 1.000 Euro anzuheben. Regulatorische Anforderungen sollten reduziert werden, etwa über einen verbindlichen KMU-Faktor. Will man privates Beteiligungskapital erhöhen, müssen steuerliche Hürden für private Investoren reduziert werden.

● These

Das Thema Unternehmensnachfolge ist bei vielen Unternehmen nicht ausreichend präsent. Ein Drittel der Unternehmen, deren Übergabe kurz bevorsteht, hat die Nachfolge (noch) nicht adäquat vorbereitet. Eine erfolgreiche Unternehmensnachfolge hängt ab von der frühen Suche und Einarbeitung der Nachfolger_in, dem Erhalt der Kund_innen bzw. Lieferketten, der notwendigen Akzeptanz durch die Mitarbeiter_innen, dem richtigen Zeitpunkt des Abschieds des Alteigentümers, einer engen Abstimmung mit den Finanzierungspartnern sowie der vorherigen Modernisierung.

► Handlungsempfehlung

Betroffene Unternehmer_innen müssen frühzeitig für die Nachfolge sensibilisiert werden. Eine kontinuierliche Übernahmeberatung, kosten- und barrierefrei sowie aus einer Hand (one face to the customer), wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

● These

Fast die Hälfte der Alteigentümer fordert einen zu hohen Kaufpreis. Die objektive, realistische Bewertung des eigenen Lebenswerkes fällt nicht leicht. Viele Unternehmen sind außerdem zum Zeitpunkt der Übergabepflichtung nicht auf der Höhe der Zeit und weisen einen Investitions- und Modernisierungstau auf, was den Wert mindert. In einer Welt von immer schneller erfolgenden Innovationszyklen und zunehmender Digitalisierung bedarf es ständiger Investitionen.

► Handlungsempfehlung

Es ist notwendig, die Kaufpreisbewertung zu professionalisieren. Dabei sind Faktoren wie das vorhandene Fachkräfte- und Humankapital stärker zu berücksichtigen.

● These

Das Thema Unternehmertum ist bei nachfolgenden Generationen wenig präsent. Die aktuelle Arbeitsmarktlage und Sozialisierung lassen die abhängige Beschäftigung attraktiver erscheinen. Unternehmerische Kompetenzen werden in der Schule nicht gefördert. So fehlen oft die Freude, Entscheidungen zu treffen und Risiken einzugehen, die notwendige Eigeninitiative und das kaufmännische Wissen. Ohne die grundsätzliche Bereitschaft zur Selbstständigkeit ist die Sensibilisierung für das Thema Unternehmensnachfolge nicht möglich.

► Handlungsempfehlung

Schule und weiterführende Bildungseinrichtungen müssen (wieder) Vermittler unternehmerischen Denkens werden und für eine Gründerkultur, Selbstständigkeit und Unternehmertum und die darin liegenden Chancen sensibilisieren. Die Politik trägt die Verantwortung, diese Aspekte in der Ausbildung stärker zu gewichten. Mithilfe von Gründer_innen und Unternehmensnachfolger_innen als Best-Practice-Beispiele könnte die Bedeutung dieser Kompetenzen in Schulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen präsentiert werden. Gezielte Anzeigenkampagnen können zum Erfolg beitragen.

Fokus 6

Energie- und Klimapolitik

Ausgangspunkt

Die Herausforderungen, die nach den Beschlüssen der Weltklimakonferenz von Paris bis 2050 in Deutschland gemeistert werden müssen, sind klar umrissen und breit akzeptiert, gerade von der deutschen Energiewirtschaft. Die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende steht vor erheblichen Problemen. Im Zentrum steht die Frage, wie eine faire und gerechte Lastenverteilung für alle Beteiligten, auch für die Industrie und den Mittelstand, erreicht werden kann. Daher muss eine Generalüberprüfung der Finanzierungsarithmetik erfolgen, mit dem Ziel, Fehlanreize zu vermeiden und Klarheit über die Energiewendekosten zu erzielen. Nur so kann die Akzeptanz der Energiewende, gerade in einer wirtschaftlichen schwachen Region wie Mitteldeutschland, erhalten werden.

● These

Derzeit erbringt Mitteldeutschland einen überproportionalen Beitrag durch die deutlich erhöhten Netzentgelte innerhalb der Region. Die jetzt gefundene Lösung im Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMOG) ist ein erster Ansatz für eine gerechtere Verteilung der Lasten. Aber weitere Schritte sind notwendig.

► Handlungsempfehlung

Die Umfinanzierung von Teilen der EEG-Umlage hin zu einer steuerlichen Finanzierung ist notwendig, um zumindest weitere Lasten aus dem Umlagesystem zu mini-

mieren. Hierzu zählt auch die Finanzierung der besonderen Ausgleichsregelung, die heute maßgeblich über die Haushaltskunden erfolgt. Hier sollte ein genereller Umbau der spezifischen Steuer- und Abgabesysteme vorangetrieben werden, vorrangig durch die Absenkung der Stromsteuer. Im Zentrum muss die Erschließung von weiteren Erlösströmen stehen. Nur wenn systemdienliches Verhalten wirtschaftlich honoriert wird, werden Flexibilitäten die entscheidenden Ressourcen erschließen, die marktbasiert sowohl die Netzausbau- als auch die Verbrauchskosten langfristig reduzieren werden. Daher muss auch die Überprüfung des Marktdesigns erfolgen.

● These

Durch den Einsatz von erneuerbarem Strom in Heizsystemen kann der CO₂-Ausstoß des Gesamtsystems deutlich gesenkt werden. Dazu ist das gegenwärtige Marktmodell zu modernisieren. Wer die Transformation des Energiesektors zur Blaupause für andere Staaten machen will, muss den Aspekt der volkswirtschaftlichen Kosten stärker in den Blick nehmen. Die CO₂-Minderungsziele bis 2050 müssen einem entscheidenden Kriterium genügen: Wie und wo sparen wir eine Tonne CO₂ ein? Es ist Zeit für pragmatische und kosteneffiziente Lösungen, die den überproportionalen Ausbau Erneuerbarer-Energien-Anlagen in Mitteldeutschland über den Strombedarf der Region hinaus nachhaltig begrenzen. Im heutigen Rahmen werden gerade in Mitteldeutschland Windkraftanlagen zeitweise zwangsabgeschaltet, da die CO₂-frei erzeugten Energiemengen aus der Region nicht abgeführt werden können. Gleichzeitig wird regional Warmwasser und Raumheizung durch Verbrennung von Erdgas und Heizöl erwärmt: ein Ergebnis eines überholungswürdigen Ordnungsrechts.

► Handlungsempfehlung

Die nächste Bundesregierung sollte sich von der Fixierung auf Ausstiegsszenarien lösen und stärker Schritt für Schritt den Transformationsprozess gestalten. Für den Einsatz von regenerativ und CO₂-frei erzeugtem Strom im Wärmemarkt sind die Bauordnungen, das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz wie das Gebäudeenergiegesetz dringend zu modernisieren. Hier ergeben sich für Mitteldeutschland neue Chancen. Nach den erfolgreichen Ansiedlungen der Hersteller von regenerativen Kraftwerksanlagen können sich dann Hersteller von steuerbaren elektrischen Heizgeräten verschiedenster Anwendungen ansiedeln und etablieren. Im güns-

tigsten Fall an Standorten der Braunkohleförderung, die zukünftig an Bedeutung verlieren wird.

● These

Alle Entgelt- und Umlagensysteme bei Strom basieren auf dem Mengenmaßstab des Energieverbrauchs, der Kilowattstunde (kWh). In einem Energiesystem, in dem 80 Prozent aus regenerativen Quellen erzeugt wird, sind die variablen Zuwachskosten je kWh näherungsweise null. Diese durch Einsparung zu vermeiden, ist aus Sicht der CO₂-Vermeidung nicht zielführend. Wichtig ist die zeitliche Anpassung des Stromverbrauchs an das schwankende Stromangebot aus regenerativen Quellen. Dazu fehlt derzeit der notwendige Anreiz. Eher im Gegenteil: Die Regulierung setzt die wirtschaftlichen Anreize für Netzbetreiber in Richtung Netzausbau, nicht aber zur intelligenten Steuerung. Die Verbraucher_innen, die sehr gleichmäßig Strom verbrauchen, werden privilegiert, völlig unabhängig von der Angebotslage. Derartige Widersprüche sind aufzulösen.

► Handlungsempfehlung

Die Entgelt- und Umlagensysteme für Energie sind so zu reformieren, dass die flexible Anpassung des Energiebedarfs angereizt wird. Verbraucher_innen, die sich dem schwankenden Angebot von regenerativer Energie anpassen können, sollten von Kosten entlastet werden. Verbraucher_innen, die das nicht können, werden stärker belastet. Können sich im positiven Extremfall alle Verbraucher_innen Angebotsabhängig verhalten, sinken die Gesamtkosten des Systems erheblich, so dass sowohl die volks- als auch die betriebswirtschaftlichen Kosten für alle Marktteilnehmer_innen sinken. Dazu muss ein neues Marktdesign entwickelt werden. Ein Abschmelzen der vermiedenen Netzentgelte ist zu vermeiden. Gleichzeitig sind Mechanismen zu entwickeln, die die Regelbarkeit der Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen honorieren. Gerade in Mitteldeutschland stehen viele regenerative Stromerzeugungsanlagen bei verhältnismäßig geringen Stromverbräuchen. Das verlangt nach einer schnell voranzutreibenden Digitalisierung, um die Zustände des Systems an allen relevanten Stellen zu kennen und den Verbraucher_innen automatisierte Signale zur Beeinflussung ihres Verbrauchs zur Verfügung stellen zu können. Das Thema Datensicherheit wird hierbei einen hohen Stellenwert einnehmen. Die Politik muss daher einen zeitgemäßen Rahmen schaffen, der den Datenschutz angemessen berücksichtigt.

● These

Gerade in Mitteldeutschland sind nach der Wende eine Vielzahl von Flächensolaranlagen oder Windparks entstanden. Deren Akzeptanz ist zunehmend gefährdet, nicht zuletzt, weil von der derzeitigen EEG-Umlage einige wenige Anlagenbetreiber langfristig profitieren, aber alle Stromverbraucher, und hier insbesondere Haushalte und kleine und mittelständische Betriebe, die gerade in Mitteldeutschland vorherrschen, die Zeche zahlen.

► Handlungsempfehlung

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist sinnvoll und nachhaltig zu reformieren. Ziel muss es sein, den weiteren Anstieg der Strompreise signifikant zu bremsen. Dazu muss die EEG-Umlage breiter verteilt werden. Sie sollte zumindest auf alle Energieträger ausgedehnt werden, also neben dem Strom auch auf Gas und Öl und Fernwärme bezogen werden.

● These

Mit den Auswirkungen des Klimawandels und seinen Risiken für die Wirtschaft muss transparenter umgegangen werden. Nach dem Vorschlag des Financial Stability Board sollen Unternehmen klimarelevante Informationen erheben und nach einem vorgegebenen Schema („Klimastandard“) veröffentlichen. Klimabasierte Risiken bekommen so eine praktische Relevanz, einen „Preis“. Dieser kann zur Bewusstseinsbildung über die oft als abstrakt empfundenen Folgen des Klimawandels beitragen. Wirksamer Klimaschutz braucht rasch wirksame, systemkonforme Instrumente, die einander ergänzen und verstärken, aber nicht allein auf politischen oder administrativen Interventionen beruhen.

► Handlungsempfehlung

Die nächste Bundesregierung sollte dem Vorschlag des Financial Stability Board zur Einführung eines Klimastandards im Berichtswesen von Unternehmen unterstützen, um deren Bekanntheit in der Wirtschaft zu erhöhen, und sollte darauf hinwirken, dass möglichst viele deutsche Unternehmen sich dieser Initiative anschließen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob der Standard für mittelständische Unternehmen angewendet werden kann. Eine verbindliche Einführung und zeitnahe Evaluierung des Standards können das Instrument entscheidend voranbringen.

● These

Der Ausstieg aus der Verstromung der Braunkohle kommt, auch wenn die mitteldeutsche Braunkohle für eine Übergangszeit eine wichtige Rolle als Energieträger spielen wird. Es geht nun darum, den Ausstieg mittelfristig berechenbar zu machen und so sozial verträglich wie möglich zu gestalten. Regionale Strukturbrüche müssen vermieden werden. Die Bundespolitik muss Planungssicherheit garantieren und verlässlicher agieren als bisher.

► Handlungsempfehlung

Dazu bedarf es einer gesetzlichen Regelung (Ausstiegsgesetz) oder der Einführung von adäquaten, marktwirtschaftlichen Instrumenten, wie zum Beispiel einer Steuer auf die CO₂-Emissionen aus Braunkohlestrom. Wesentlich sind verbindliche Fristen und Etappen sowie eine darauf abgestimmte, strategische Strukturpolitik. Diese muss sich stark an den Entwicklungspotentialen der Region orientieren. Unternehmen und Mitarbeiter_innen sowie die Bevölkerung brauchen Gewissheit bezüglich eines nachhaltigen Ausstiegsszenarios, vor allem über geeignete Konzepte für die Zeit nach dem Ausstieg. Die angemessene Information und Einbeziehung der Bürger_innen, der Beschäftigten und Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und insbesondere der mitteldeutschen Großindustrie, die Braunkohlestrom nutzt, sowie NGOs, Kommunal- und Regionalpolitik in die Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse bei der Formulierung und Umsetzung einer solchen Politik ist nicht nur Voraussetzung für die Akzeptanz eines solchen Schrittes, sondern auch Ausdruck einer modernen Bürgergesellschaft.

● These

Die stoffliche Verwertung der Braunkohle kann eine Chance für die (mittel-)deutsche Wirtschaft sein. Um diese zu nutzen, müssen die Anstrengungen gebündelt werden!

► Handlungsempfehlung

Die Forschungsergebnisse und vielversprechenden Ansätze für marktfähige und möglichst klimaneutrale Lösungen sind weiterzuentwickeln. Die mitteldeutschen Länder sollten ihre Ressourcen in einem Bündnis für Forschung und Entwicklung bündeln und mit den Unternehmen der mitteldeutschen Energiewirtschaft strate-

gische Partnerschaften eingehen. Im Ergebnis könnte ein Budget für die gezielte Unterstützung von anwendungsorientierten Lösungen stehen, das aus den Beiträgen der mitteldeutschen Energieunternehmen und der Länder gefüllt wird und Grundlage für die Entwicklung innovativer, praxisnaher Ideen aus den Unternehmen der mitteldeutschen Region heraus wäre.

Fokus 7

Steuergerechtigkeit für mitteldeutsche Unternehmen

Ausgangspunkt

Das Steuerrecht steht für die Verwirklichung von Gerechtigkeit in einem besonders wichtigen Bereich. Es ist gekennzeichnet durch die überragende Bedeutung des Gleichheitssatzes. Steuergesetze werden heute weitgehend auch zur wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Lenkung eingesetzt. Mitteldeutsche Unternehmen erwarten stabile, realitäts- und praxisgerechte steuerliche Rahmenbedingungen als Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität, Innovationen und Fortschritt. Sie sind Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Konzeption von belastbaren Wirtschaftsplänen und die Bereitschaft, unternehmerische Risiken einzugehen. Mitteldeutsche Unternehmen sollen ermutigt werden zu investieren. Dafür ist eine moderne Steuergesetzgebung unabdingbar. Die derzeitige Umsatzsteuerregelung schwächt die Wettbewerbsfähigkeit mitteldeutscher Unternehmen, anstatt sie zu stärken. Vorhandene bürokratische Hürden belasten den Mittelstand zusätzlich unnötig. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige trifft übermäßige Bürokratie besonders hart.

● These

Die Gewerbesteuer bildet die wichtigste Grundlage für die Finanzierung der Städte und Gemeinden. Für den Standort Mitteldeutschland spielt die Gewerbesteuer eine wesentliche Rolle bei der Ansiedlung neuer und der Stärkung vorhandener wirtschaftlicher Einheiten und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Gewer-

besteuergesetz ist nicht mehr zeitgemäß. Die Begründung für die Erhebung einer Gewerbesteuer ist obsolet, da die Gewerbebetriebe kaum noch unmittelbare und mittelbare Lasten für die Gemeinden verursachen. Von der Rechtsform des Unternehmens ist heute abhängig, welche ergänzenden gewerbesteuerrechtlichen Tatbestandsvoraussetzungen für einen Gewerbebetrieb zu beachten sind, dabei spielt der Rechtfertigungsgrund für die Erhebung der Gewerbesteuer als Ausgleich für die Gemeindebelastung keine Rolle mehr. Komplizierte Sachverhalte, entstanden durch Hinzurechnungen und Kürzungen, von gewerbesteuerlichen Tatbestandsvoraussetzungen bei Unternehmensformen etc., beschäftigen die Rechtsprechung immer wieder und führen zu immensem Verwaltungsaufwand bei Gerichten. Sie sind schädlich für die Unternehmen und die Kommunen gleichermaßen.

► Handlungsempfehlung

Die Gewerbesteuer und die damit verbundenen überholten Vorschriften sind vollumfänglich zu reformieren. Mit den wirtschaftspolitischen Leitlinien „Innovationsmotor Mittelstand“ oder der Industrie 4.0 passen Steuergesetze aus dem vergangenen Jahrhundert nicht zusammen. Die Gesetzgebung der Gewerbesteuer ist transparent, überschaubar und kalkulierbar für die Unternehmen und für die Städte und Gemeinden als nachhaltige Finanzierungsgrundlage zu gestalten. Die Hinzurechnungen und Kürzungen gemäß den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes sind an die realen Verhältnisse eines Unternehmens anzupassen. Die Gewerbesteuerpflicht ist von der Abhängigkeit der Rechtsform eines Unternehmens zu entkoppeln. Ziel der Reform muss sein, eine gerechte Besteuerung der Erträge von realen Unternehmen nur kraft ihrer gewerblichen Tätigkeit mit der Gewerbesteuer als Realsteuer vorzunehmen. Ziel muss auch sein, die Finanzverwaltung, die Gerichte und die Unternehmen zu entlasten, indem die Zahl aufwendiger, streitbefangener Verfahren verringert wird. Gegen die Gewerbesteuervermeidungstaktik von Unternehmen, die außerhalb der Standorte angesiedelt sind und Mitteldeutschland als so genannte „verlängerte Werkbank“ nutzen, ist entschieden vorzugehen.

● These

Im internationalen Kontext liegt Deutschland bezüglich der Höhe der Kleinunternehmer-Regelung der Umsatzsteuer weit hinter den meisten Staaten. Die Umsatz-

grenze für die Erhebung der Umsatzsteuer ist nicht mehr zeitgemäß, da sie nicht den gestiegenen Verbraucherpreisindex in Höhe von 17,6 Punkten der vergangenen vierzehn Jahre berücksichtigt. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen im mitteldeutschen Raum könnten im Wettbewerb mit den „Großen“ deutlich besser dastehen, wenn es ihnen möglich wäre, niedrigere Preise als die Konkurrenz anzubieten. Das würde die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bedeuten und die Gründung von neuen Unternehmen in den neuen Bundesländern fördern.

► **Handlungsempfehlung**

Für die kleinen und mittelständischen Unternehmen liegt die Umsatzgrenze für die Erhebung der Umsatzsteuer derzeit bei 17.500€. Mit einer Erhöhung der Umsatzgrenze auf 28.500€ könnte der unterlassene Inflationsausgleich nachgeholt werden. Kleine und mittelständige Unternehmen würden gestärkt.

● **These**

Mitteldeutsche Unternehmen leiden unter zu hohen bürokratischen Anforderungen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbständige trifft unnötige Bürokratie besonders hart. Sie gehören erheblich reduziert. Baut man diese ab, können Unternehmen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und der Mittelstand wird entlastet. So stellt die vorgezogene Schätzung von Sozialversicherungsbeiträgen einen immensen Verwaltungsaufwand für jedes Unternehmen dar.

► **Handlungsempfehlung**

Es ist sinnvoll, zur Rechtslage vor dem 1.1.2006 zurückzukehren. Damit wären die Sozialversicherungsbeiträge wie üblich wieder nach dem Entgeltzahlungszeitpunkt fällig. (§ 23 SGB IV a.F.)

Zusammenfassung

Die Autoren haben aus einer mitteldeutschen Perspektive zu einigen relevanten politischen Handlungsfeldern aktuelle, teils strukturelle Probleme beschrieben, daraus Thesen abgeleitet und Handlungsempfehlungen für die Politik formuliert.

► Deutlich gemacht wurde in sieben Fokuspunkten:

- 1 Die Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft und die Durchsetzung des Rechtsstaates adressiert eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches, wirtschaftliches Handeln. Sie bedarf vereinter Anstrengungen aller gesellschaftlichen Kräfte unter ausdrücklichem Einschluss der Wirtschaft.*
- 2 Die mitteldeutsche Verwaltung muss fit gemacht werden für die Herausforderungen der heutigen Zeit. Um im Wettbewerb der Regionen zu bestehen, bedarf es einer leistungsfähigen, effizienten Verwaltung, die mit motivierten, kompetenten Mitarbeiter_innen Ansprechpartner und Dienstleister für Bevölkerung wie Unternehmen ist.*
- 3 Die Herausforderungen, die mit der Digitalisierung der Arbeitswelt einhergehen, sind nur mit rasantem Breitbandausbau, passgenauer Investitionsförderung, digitaler Bildung und der Einführung von E-Government zu meistern.*

- 4 Die Fachkräftesicherung kann gelingen, wenn das vorhandene Arbeitskräftepotential systematisch erschlossen und in „Pull-Faktoren“ investiert wird. Ein modernes Einwanderungsgesetz und die Förderung der praxisorientierten Berufsorientierung sind dringend notwendig.*
- 5 Zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge muss ein Rückbau der Bürokratie erfolgen. Die frühzeitige Sensibilisierung für das Thema und die kontinuierliche Übernahmeberatung sind entscheidend. Schulen können helfen, unternehmerisches Denken zu fördern.*
- 6 Für den Erfolg und die Akzeptanz der Energiewende in Mitteldeutschland muss das energiepolitische Ordnungsrecht überholt werden. Regionale Strukturbrüche gilt es zu vermeiden, ein Braunkohle-Ausstiegsgesetz kann Planungssicherheit gewährleisten. Ein Bündnis der Unternehmen für Forschung und Entwicklung hilft, innovative neue Wirtschaftszweige zu erschließen. Die Veröffentlichung klimabasierter Risiken hilft, die Folgen des Klimawandels transparent zu machen und Handlungsanreize für wirksamen Klimaschutz zu setzen.*
- 7 Stabile, realitäts- und praxisgerechte steuerliche Rahmenbedingungen sind für den Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen wesentlich. Es ist notwendig, die Gewerbesteuer vollumfänglich zu reformieren, die Umsatzgrenze zu erhöhen und hohe steuerliche Bürokratie zu reduzieren.*

All diese Aspekte sind zu sehen vor dem Hintergrund des noch immer andauernden Aufholprozesses der neuen Bundesländer, der demografischen Entwicklung und der strukturellen Besonderheiten der mitteldeutschen Wirtschaft. Effektives, politisches Handeln zur Bewältigung dieser Herausforderungen setzt eine vertiefte Kenntnis der Situation und Bedürfnislage voraus. Die Autoren haben mit dieser Publikation aus der Sicht der Wirtschaft einen Beitrag geleistet, um einen breit angelegten politischen Diskurs auf der Suche nach konkreten Handlungsoptionen zu gewährleisten.

September 2017 ISBN: 978-3-95861-956-2 Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung
Herausgeber: Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung Hiroshimastraße 17 10785 Berlin www.managerkreis.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise
die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien
ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Redaktion: Friedrich-Ebert-Stiftung Design: Lobo-Design.com Druck: Brandt GmbH

